

Erscheint vorläufig
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

Volksblatt

für
Stadt und Land.

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Insertionsgebühren:
für die Zeile 1 Silberg.

N^o 81.

Paderborn, 7. Juli

1849.

Bestellungen auf das „Volksblatt für Stadt und Land“ wolle man für das dritte Quartal (Juli, August, September) gefälligst bald aufgeben. Auswärts nehmen die Königl. Postanstalten, für Brilon die Junfermann'sche Buchhandlung, welche auch Anzeigen für das Volksblatt annimmt, dieselben entgegen.

Uebersicht.

Verordnung über die Presse.
Deutschland. Berlin (Fabrik der Zündnadelgewehre; Anleihe);
Frankfurt (Verordnung des Reichsverwesers; Erzherzog Johann);
Koblenz (Truppenbefehle).
Schleswig-Holstein (Gefecht bei Fredericia).
Die Feindseligkeiten in Baden.
Der Ungarische Krieg.
Italien. (Nachrichten über Rom; Rom capituliert.)
Vermischtes.

Verordnung

betreffend

die Vervielfältigung und Verbreitung von Schriften
und verschiedene durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen,
bildliche oder andere Darstellung begangene strafbare
Handlungen.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von
Preußen u. verordnen nach dem Antrage Unseres Staats-
Ministeriums auf Grund des Artikels 105 der Verfassungs-
Urkunde, was folgt:

Ordnung der Presse.

§. 1. Auf jeder Druckschrift muß der Name und der Wohn-
ort des Druckers genannt sein. Auf Druckschriften, welche für den
Buchhandel oder sonst zur Verbreitung bestimmt sind, muß außer-
dem der Name und Wohnort entweder des Verlegers oder des
Commissionärs, oder endlich des Verfassers oder Herausgebers,
welche ein Werk im Selbstverlage erscheinen lassen, genannt sein.

§. 2. Jede Nummer, jedes Stück oder Heft einer Zeitung
oder Zeitschrift muß außer dem Namen und Wohnort des Druckers
(§. 1.) den Namen und Wohnort des Verlegers, so wie des Her-
ausgebers, wenn dieser von dem Verleger verschieden ist, enthalten.

§. 3. Druckschriften, welche den vorstehenden Vorschriften
nicht entsprechen, dürfen von Niemanden verbreitet werden. Diese
Bestimmung findet auf Druckschriften, welche nur den Namen ent-
weder des Verlegers oder des Commissionärs oder des Druckers
enthalten, keine Anwendung, wenn sie den Gesetzen über die Ord-
nung der Presse entsprechen, welche zu der Zeit ihres Erscheinens
an dem Orte desselben in Kraft waren.

§. 4. An der bisherigen Verpflichtung des Verlegers, zwei
Exemplare seiner Verlagsartikel und zwar eines an die Landes-
bibliothek in Berlin, das andere an die Universität derjenigen Pro-
vinz, in welcher er wohnt, unentgeltlich einzusenden, wird nichts
geändert.

§. 5. Von jeder Nummer, jedem Heft oder Stück einer
Zeitung oder einer in monatlichen oder kürzeren Fristen erscheinenden
Zeitschrift, welche im Inlande herauskommen, muß der Heraus-
geber, sobald die Austheilung oder Versendung beginnt, ein mit
seiner Unterschrift versehenes Exemplar, gegen eine ihm zu ertei-
lende Bescheinigung, bei der Orts-Polizeibehörde hinterlegen. Die
Austheilung und Versendung der Zeitung oder Zeitschrift soll durch
die Hinterlegung nicht aufgehalten sein.

§. 6. Der Herausgeber einer Zeitung oder einer in monat-
lichen oder kürzeren Fristen erscheinenden Zeitschrift, welche Anzeigen
aufnimmt, ist gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren

verpflichtet, jede ihm von einer öffentlichen Behörde mitgetheilte
amtliche Bekanntmachung auf deren Verlangen in eines der beiden
nächsten Stücke aufzunehmen.

§. 7. Der Herausgeber einer Zeitung oder einer in monat-
lichen oder kürzeren Fristen erscheinenden Zeitschrift ist verpflichtet, die
Entgegnung zur Berichtigung der in derselben erwähnten Thatsachen,
zu welcher sich die betheiligte öffentliche Behörde oder die ange-
griffene Privatperson veranlaßt findet, in den nächsten drei Tagen
nach dem Empfange der Entgegnung, oder, falls in dieser Zeit
keine Nummer der Zeitung oder Zeitschrift erscheint, in die nächste
Nummer aufzunehmen. — Die Aufnahme muß kostenfrei geschehen,
insoweit der Umfang der Entgegnung die Länge des Artikels, welcher
dazu Veranlassung gab, nicht übersteigt. Für die über diese Länge
hinausgehenden Zeilen sind die üblichen Einrückungsgebühren zu
zahlen.

Anschlagzettel und Plakate.

§. 8. Anschlagzettel und Plakate, welche einen andern Inhalt
haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versamm-
lungen, denen die erforderliche Anzeige oder Genehmigung vorher-
gegangen ist, Anzeigen über öffentliche Vergütungen, über ge-
stohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder ähn-
liche Nachrichten für den gewerblichen Verkehr dürfen nicht angeschla-
gen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.

In Städten und Ortschaften dürfen Anschlagzettel und Plakate,
auch wenn sie nach ihrem Inhalte erlaubt sind, an denjenigen
Stellen nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffent-
lich ausgestellt werden, welche als hierzu nicht geeignet, durch eine
allgemeine und öffentlich bekannt gemachte Verfügung der Orts-
Polizeibehörde bezeichnet worden sind. Auf die amtlichen Bekannt-
machungen öffentlicher Behörden sind die vorstehenden Bestimmun-
gen nicht anwendbar.

Verkauf, Anheftung u. s. w. von Schriften an öffentlichen
Orten.

§. 9. Niemand darf auf öffentlichen Wegen, Straßen oder
Plätzen, oder an andern öffentlichen Orten, Druckschriften (§. 30.)
oder andere Schriften ausruhen, verkaufen, vertheilen, anheften oder
anschlagen, ohne daß er dazu die Erlaubniß der Orts-Polizeibe-
hörde erlangt hat und ohne daß er den Erlaubnißschein, in welchem
sein Name ausgedrückt ist, bei sich führt. Die Erlaubniß kann
jederzeit zurückgezogen werden.

§. 10. Die Zuwiderhandlung gegen eine der in den §§. 1,
2, 3, 5, 6, 7 enthaltenen Vorschriften zieht eine Geldbuße von
Fünf bis zu Fünfzig Thalern nach sich. Ist eine der durch die
§§. 1 und 2 erforderlichen Angaben falsch, so ist die Strafe Gefäng-
niß von acht Tagen bis zu zwei Monaten und Geldbuße von Fünf
bis zu Fünfzig Thalern. Den Verbreiter trifft diese höhere Strafe
nur dann, wenn er von der Unrichtigkeit der Angabe Kennt-
niß hatte.

§. 11. Die Zuwiderhandlung gegen eine der in den §§. 8
und 9 enthaltenen Vorschriften zieht eine Geldbuße von Einem bis
zu Fünfzig Thalern, oder Gefängniß von einem Tage bis zu sechs
Wochen nach sich.

Verantwortlichkeit der Verfasser, Herausgeber u. s. w.

§. 12. Für den Inhalt einer Druckschrift sind der Verfasser,
der Herausgeber, der Verleger oder Commissionär, der Drucker und
der Verbreiter als solche verantwortlich, ohne daß es eines weite-
ren Nachweises der Mithuld bedarf. Ist die Veröffentlichung ohne